

**05.10.2018**

## **Bedrohungen von Mitarbeitern, Zulieferern und Behördenvertretern ist neue Eskalationsstufe**

Der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg stellt Anfrage an den Innenminister zu Bedrohungen gegen Mitarbeiter und Zulieferfirmen der Tagebaue.

In den letzten Wochen häuften sich Beschwerden von Behördenvertretern, Mitarbeitern und Zulieferern des Tagebaus Hambach, die erklären, dass sie von so genannten Aktivisten-Szene auch in ihrem privaten Umfeld bedroht worden sind. Hinzu kommen Anschläge auf fNiederlassungen von Zulieferern zu denen im Internet Bekennerschreiben der Besetzerszene des Hambacher Forstes kursieren. Zuletzt war auch die Niederlassung eines Bergheimer Unternehmens in Düsseldorf betroffen.

Zu dieser Entwicklung erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg:

„Ich bin schockiert von dieser neuen Eskalationsstufe der Gewalt. Ich verurteile Bedrohungen und Anschläge auf Leben und Eigentum als vermeintliches Druckmittel in der Auseinandersetzung um den Hambacher Forst auf das Schärfste. Wer auf diese Weise Mitarbeiter von RWE, Zulieferer oder Behördenvertreter bis ins Private hinein bedroht oder terrorisiert, macht sich strafbar. Das sind keine Kavaliersdelikte, sondern schwere Straftaten. Diese müssen verfolgt und hart sanktioniert werden. Ich fordere alle Organisationen und Kräfte auf, sich nicht nur pflichtschuldig verbal von Gewalt zu distanzieren, sondern mit aktivem Handeln sicherzustellen, dass keine logistische oder mediale Unterstützung dieser Verbrechen erfolgt.“

Bereits Anfang der Woche richtete der SPD-Innenpolitiker eine Kleine Anfrage an die Landesregierung, in der er Auskunft über den Informationsstand und Maßnahmen der Landesregierung hinsichtlich der sich häufenden Bedrohungen verlangt. Auch erfragt er, welche Schutzmaßnahmen für die bedrohten Personen ergriffen worden sind.

„Mir ist wichtig, dass die Betroffenen nicht mit diesen Bedrohungen allein gelassen werden. Hier steht der Staat in Verantwortung, den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen“, betont van den Berg.

## **SPD drängt auf Beweislastumkehr für Bergbaugeschädigte im Braunkohle-Revier**

Die ehemalige SPD-geführte Landesregierung hatte im September 2014 einen Antrag in den Bundesrat zur Umkehr der Beweislast bei Bergschäden im Bereich des Braunkohlbergbaus eingebracht. Der Sprecher der SPD im Unterausschuss Bergbausicherheit, Guido van den Berg erklärt:

„Unser Ziel war es für Betroffene von Bergschäden mehr Waffengleichheit gegenüber den Bergbauunternehmen zu schaffen. In der Steinkohle gibt es das bereits. Hier müssen die

Bergbauunternehmen beweisen, dass ein Schaden kein Bergschaden ist. Das wünschen wir uns auch für die Betroffenen von Bergschäden in der Braunkohle“. Die Landesregierung teilte mit, dass die Bundesregierung das Anliegen zwar grundsätzlich anerkannt hat, aber eine Gesetzesänderung bisher abgelehnt habe, da zusätzliche Kriterien für die Voraussetzung der Beweislastumkehr im übermäßigen Bergbau zu entwickeln seien. Die SPD fasste im Unterausschuss Bergbausicherheit nun nach und wollte wissen, wie die Landesregierung das Thema weiterverfolgen will.

Die Landesregierung sagte zu, das Anliegen im Länderausschuss Bergbau zu thematisieren und auf eine Erarbeitung entsprechender Kriterien zu drängen. Der Ausschuss für Bergbausicherheit soll hierüber in einer der kommenden Sitzungen informiert werden.

---

**IMPRESSUM:**

Rhein-Erft **SPD** – Kreisgeschäftsführer Johannes Stracke (V.i.s.d.P.) – Fritz-Erler-Str. 2, 50374 Erftstadt  
Tel.: 02235/927 140 – Fax: 02235/927 1419 – Mail: [info@rhein-erft-spd.de](mailto:info@rhein-erft-spd.de) – Web: [www.rhein-erft-spd.de](http://www.rhein-erft-spd.de)